

## Anlage 2

### Forderungen des SmF-Bundesverbands für eine gerechte und vielfältige Gesellschaft Stand: 12 Mai 2025

#### Einleitung

Als muslimische Wohlfahrtsorganisation wenden wir uns an die Bundesregierung, um die Stimmen der muslimischen Bevölkerung hörbar zu machen. Wir fordern, als gleichberechtigte Bürger\*innen anerkannt zu werden und auf strukturelle Benachteiligungen hinzuweisen, die unsere Gesellschaft spalten. Demokratie lebt vom Engagement ihrer Zivilgesellschaft – wir sind Teil der Lösung und bringen unsere Erfahrungen, Bedarfe und Vorschläge aktiv in die Politik ein.

Unsere Forderungen zielen darauf ab, strukturelle Ungleichheiten zu beheben, Diskriminierung zu bekämpfen, Teilhabe zu ermöglichen und muslimisches Engagement in der Wohlfahrt und Gesellschaft sichtbar zu machen.

**1. Muslimische Wohlfahrt stärken – Wahlfreiheit sichern** Muslimische Wohlfahrtsorganisationen leisten wertvolle Arbeit in der sozialen Integration. Dennoch fehlen ihnen langfristige Förderstrukturen. Wir fordern:

- die gezielte Unterstützung muslimischer Träger im sozialen Bereich,
- die Aufnahme in Regelförderstrukturen,
- den Abbau von Hürden in der Antragsstellung,
- besonders in den Bereichen Kinder- und Jugendhilfe, Altenhilfe und Empowerment.

**2. Frauenberatungsstellen und Frauenhäuser in muslimischer Trägerschaft fördern** Muslimische Frauen finden oft keine passgenauen Anlaufstellen in bestehenden Angeboten. Wir fordern:

- die Einbindung muslimischer Frauenorganisationen in das Hilfesystem,
- die Anerkennung und Förderung muslimischer Träger für Frauenhäuser und Beratungsstellen,
- den Ausbau kultursensibler, mehrsprachiger Angebote.

**3. Gleichstellung der Geschlechter vorantreiben** Strukturelle Benachteiligungen bestehen fort, besonders für muslimische und migrantische Frauen. Wir fordern:

- gezielte Förderprogramme zur Stärkung von Teilhabe,
- Sichtbarkeit muslimischer Frauen in Politik, Wirtschaft und Öffentlichem Dienst,
- Stärkung muslimischer Frauenorganisationen,
- Beteiligung von Männern und Vätern an Sorgearbeit durch zielgruppenspezifische Programme.

**4. Antimuslimischen Rassismus bekämpfen** Antimuslimischer Rassismus nimmt zu und gefährdet den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Wir fordern:

- die Umsetzung der Empfehlungen des Unabhängigen Expertenkreises Muslimfeindlichkeit,
- die Abschaffung diskriminierender Bekleidungsverbote,
- den Ausbau und die Verstärkung der Deutschen Islam Konferenz (DIK),

- klare staatliche Positionierung gegen Islamfeindlichkeit.

**5. AGG-Reform – Antidiskriminierung stärken** Das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz weist Lücken auf. Wir fordern:

- die Ausweitung des AGG auf öffentliche Institutionen,
- gesetzlich verankerte, zielgruppenspezifische Beratungsstellen,
- die aktive Einbindung muslimischer und migrantischer Selbstorganisationen.

**6. Bildungsgerechtigkeit fördern – Diskriminierung in Schulen bekämpfen** Bildung ist Schlüssel zur Teilhabe. Doch viele Kinder erleben Benachteiligung. Wir fordern:

- die Förderung von Mehrsprachigkeit und kultureller Vielfalt im Bildungssystem,
- vielfältige Lehrkräfte,
- diskriminierungskritische Lehrpläne,
- Stärkung politischer Bildung.

**7. Demokratie schützen und gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken** Rassismus und Rechtsradikalismus bedrohen das Zusammenleben. Wir fordern:

- entschlossene Maßnahmen gegen Hass, Hetze und Desinformation,
- politische Bildung für alle,
- niedrigschwellige Angebote für Frauen, Jugendliche und neue Bürger\*innen durch nahbare Träger.

**8. Sozialen Wohnungsbau ausbauen – Isolation verhindern** Bezahlbarer Wohnraum ist Voraussetzung für Integration. Wir fordern:

- Stärkung des sozialen Wohnungsbaus,
- Berücksichtigung der Bedarfe von Mehrgenerationenhaushalten und Familien,
- gezielte Nutzung leerstehender Immobilien für soziale Zwecke,
- diskriminierungssensible Wohnraumvergabe.

**9. Zugang zu Integrationskursen erleichtern** Sprach- und Orientierungskurse sind zentral für Teilhabe. Wir fordern:

- vereinfachten Zugang,
- Zulassung weiterer Träger – insbesondere in ländlichen Regionen,
- Anerkennung muslimischer Träger in der Integrationsarbeit,
- Ausbau digitaler Angebote.

**10. Ehrenamt stärken – Zusammenhalt fördern** Muslimisches Engagement trägt zur Stärkung der Zivilgesellschaft bei. Wir fordern:

- Weiterführende Förderung von Programmen wie "Menschen stärken Menschen",
- Anerkennung migrantischer Selbstorganisationen,
- Erhöhung der steuerfreien Aufwandsentschädigungen.

**11. Gesundheitsversorgung verbessern – Vielfalt anerkennen** Diskriminierung im Gesundheitswesen beeinträchtigt Versorgung. Wir fordern:

- diversitätsbewusste medizinische Angebote,

- Anerkennung ausländischer Abschlüsse zur Fachkräftegewinnung,
- Zugang zu Verhütung unabhängig vom Einkommen,
- sexualpädagogische Zielgruppenarbeit.

**12. Schwangerschaftsberatung für alle sicherstellen** Beratung muss plural und niedrigschwellig gestaltet sein. Wir fordern:

- Einbindung muslimischer Träger in die Beratungslandschaft,
- Förderung religionssensibler Angebote.

**13. FGM/C-Betroffene besser schützen und versorgen** Frauen, die von Genitalverstümmelung und Beschneidung betroffen sind, brauchen spezialisierte Versorgung. Wir fordern:

- Anerkennung von FGM/C-bedingten Schäden als Pflegebedarf,
- Einbindung spezialisierter Ärzt\*innen in Asylverfahren,
- Finanzierung rekonstruktiver Eingriffe,
- Ausbau und flächendeckende Finanzierung von Fachzentren,
- FGM/C als eigenständiger Asylgrund anzuerkennen.

### Schlussbemerkung

Die gesellschaftlichen Herausforderungen unserer Zeit verlangen nach starken Allianzen und fairer Teilhabe. Muslimische Selbstorganisationen sind keine Randakteure, sondern gestalten aktiv mit. Unsere Forderungen stehen für ein demokratisches, gerechtes und vielfältiges Deutschland.

Wir laden Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft ein, gemeinsam mit uns konkrete Schritte zur Umsetzung zu gehen.